

Sie interessieren sich für den Naturschutz, lieben das Organisieren und Strukturieren von Abläufen in einem familiären Team mit interessanten Menschen? Sie möchten beruflich einer sinnstiftenden Aufgabe in einer regional verankerten Stiftung nachgehen?

Dann bewerben Sie sich als Schwangerschafts- bzw. Elternzeitvertretung bei der OSTSEESTIFTUNG in Greifswald!

Im Modellprojekt „Moorklimaschutz an der Ostseeküste“ helfen Sie bei der Renaturierung von Küstenmooren und tragen so zur Reduzierung des Treibhausgasausstoßes aus Mooren bei.

RAHMEN

Beginn ab 01.06.25 möglich, Teilzeit: ca. 20h/Woche, flexible Arbeitszeiten nach Absprache, Vergütung in Anlehnung TVÖD Bund E6, befristet bis 03/2026, ggf. Verlängerung möglich

WIR BIETEN IHNEN

... die Möglichkeit, in einem Sie gern unterstützenden und fröhlichen Team an einem wichtigen Thema zu arbeiten

IHRE AUFGABEN BEI UNS IM TEAM

- Bearbeitung laufender Geschäftsvorfälle, Reisekostenabrechnungen
- Mitwirkung bei der Büroorganisation, Termin- und Vertragsabsprachen
- Unterstützung der Buchhaltung
- Korrespondenz, Ablage, Archivierung, Datenpflege
- Vor- und Nachbereitung und Protokollierung von Beratungen

DAS BRINGEN SIE MIT

Sie haben idealerweise bereits Erfahrung als Assistenz in einem Büro gesammelt und eine abgeschlossene Ausbildung als Kauffrau/mann Büromanagement/Bürokommunikation oder vergleichbar. In den gängigen MS Office Anwendungen sind Sie sicher und haben sehr gute Deutschkenntnisse. Sie arbeiten gern im Team, sind eigenverantwortlich, zuverlässig und strukturiert. Weiterhin identifizieren Sie sich mit den Zielen der Stiftung.

BEWERBUNG

Senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bitte via E-Mail bis zum 31.05.2025 an Georg Nikelski unter: nikelski@ostseestiftung.de. Wir freuen uns auf Sie!

Für Rückfragen zur Stellenausschreibung nutzen Sie bitte ebenfalls diese E-Mail-Adresse zur Vereinbarung eines Telefontermins.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz



Bundesamt für
Naturschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages